

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP -28. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. Dezember 2006, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum und im Nordseeraum - Nachfolgeprogramme von INTERREG III B	4
Berichterstatter: - St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser, Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa Dietrich Seele, Leiter des Referats Interregionale Europäische Ko- operationen - - Ernst Hansen, Leiter des Referats Grenzüberschreitende und Europäische Raumordnung, Entwicklung der Planungsräume I und II (Süd und Ost)	
hierzu: Umdruck 16/1563	
2. „Denkpause“ der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen	8
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/899 (neu) (überwiesen am 15. September 2006; Fortsetzung der Beratung vom 4. Oktober 2006)	
3. EU-Strukturförderung	9
Mündlicher Bericht der Landesregierung (überwiesen am 11. November 2005 an den Wirtschaftsausschuss , den Europaausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)	
4. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum und im Nordseeraum –
Nachfolgeprogramme von INTERREGG III B**

Berichterstatter: St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaëßer, Ministerium für Justiz,
Arbeit und Europa

Dietrich Seele, Leiter des Referats Interregionale Europäi-
sche Kooperationen

Ernst Hansen, Leiter des Referats Grenzüberschreitende und
Europäische Raumordnung, Entwicklung der Planungsräume
I und II (Süd und Ost)

hierzu: Umdruck 16/1563

St Dr. Schmidt Elsaëßer leitet kurz in den Tagesordnungspunkt ein. Dabei nimmt er Bezug auf die von Herrn Seele und Herrn Hansen aus dem Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa und dem Innenministerium gemeinsam erarbeitete Vorlage für den Ausschuss, Umdruck 16/1563. Er stellt fest, dass sich die Landesregierung seit den neunziger Jahren sehr intensiv an allen drei Förderlinien INTERREG beteiligt habe und diese Gemeinschaftsinitiative immer als ergänzendes europäisches Instrument zur Unterstützung der eigenen Regionalentwicklung betrachtet habe, immer unter der Überschrift: Wo bleibt der Mehrwert für Schleswig-Holstein? Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Ostsee- und Nordseekooperation für die Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein habe sich die Landesregierung sehr aktiv bei der Neukonzeption der Folgeprogramme für die Jahre 2007 bis 2013 engagiert. Er begrüßt, dass es der Landesregierung gelungen sei durchzusetzen, dass die Investitionsbank Schleswig-Holstein erneut mit den Funktionen der Verwaltungsbehörde und der zertifizierenden Stelle betraut worden sei. Dies stelle politisch einen großen Erfolg für Schleswig-Holstein dar. Darüber hinaus habe die Landesregierung entschieden, die beiden INTERREG-Programme, die bisher für den Ostseebereich im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa und für den Nordseebereich im Innenministerium angesiedelt gewesen seien zum 1. Januar 2007 im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa zusammenzuführen.

Herr Seele, Leiter des Referats Interregionale europäische Kooperation im MJAE stellt sodann auf der Grundlage des Umdrucks 16/1563 den dritten Programmentwurf zur transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum vor. Er geht zunächst auf die seiner Einschätzung nach sehr effizient gelaufenen Programmierungsarbeiten, den Ablauf des Programmierungsprozesses für das neue Programm und den gesteckten Zeitplan näher ein. Er führt unter anderem aus, der nunmehr vorliegende dritte Entwurf bilde bis auf wenige technische Probleme das fertige Programm ab. Zu klären sei jetzt vor allem noch die Kompatibilität des INTERREG-III-B-Programms mit dem neu aufgelegten europäischen Nachbarschaftsprogramm, mit dem die neuen Nachbarn der Europäischen Union eingebunden werden sollten. Das fertig gestellte neue Ostseeprogramm solle bis Anfang März der Europäischen Kommission zugeleitet werden. Schon jetzt habe man in Schleswig-Holstein jedoch damit begonnen, Projektideen zu entwickeln. Es zeichne sich ab, dass Schleswig-Holstein auf Projektebene in entscheidender Weise als Ideengeber auftrete, zum Beispiel mit dem Versuch, im Ostseeraum ein maritimes Cluster zu entwickeln. Hierzu finde bereits am 14. Februar 2007 ein Gespräch mit potentiellen Partnern im Ministerium statt.

Er stellt fest, dass sich alle politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Maßnahmebereichen des neuen Programms wieder fänden. Er geht sodann auf die einzelnen Prioritären Handlungsfelder mit ihren Unterpunkten, den Programmraum und die Fördervoraussetzungen, Umdruck 16/1563, näher ein. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Antragsberechtigten führt er unter anderem aus, dass es der deutschen Seite leider bisher nicht gelungen sei, auch private Unternehmen und Beteiligungen in die Förderfähigkeit mit aufzunehmen. Man werde jedoch weiter versuchen, nach Möglichkeiten zu suchen, um hier noch zu einer Beteiligung Privater kommen zu können.

Er hebt weiter besonders den neuen Fördersatz mit maximal 75 % hervor und geht auf die Finanzmittel und das Gesamtvolumen der Förderung ein. Abschließend begrüßt er die zusätzlich festgelegten Flexibilitätsmargen, nach denen 10 % der Programmmittel außerhalb des EU-Territoriums und 20 % der Programmmittel in benachbarten EU-Gebieten verausgabt werden dürften als besonderen Vorteil für das Land Schleswig-Holstein.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Fischer bestätigt er, dass eine Förderung nur möglich sei, wenn sich ein schleswig-holsteinischer Partner zwei weitere Partner in der Ostseeregion suche. Hiermit habe man in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht.

Abg. Fischer möchte wissen, ob die Stadt Kiel von der Größenordnung her als Projektpartner in Frage komme. – Herr Seele antwortet, das Programm beziehe sich in erster Linie auf lokale regionale Räume insgesamt, also auch die ländlichen Räume. Darin seien die mittleren und

kleinen Städte enthalten. Kiel als mittlere Stadt könne also als potentieller Partner für ein Netzwerk in Frage kommen.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, ob das Programm auch die Möglichkeit für Hochschulen oder zum Beispiel regionale Berufsbildungszentren biete, bei entsprechenden ostseerelevanten Aktivitäten Mittel aus dem Programm abzurufen. – Herr Seele antwortet, das Programm biete viele Möglichkeiten für Bildungszusammenarbeit im Ostseeraum. Deshalb habe er schon am Montag mit den Leitern der Bildungsstätten in Schleswig-Holstein zusammengesessen, um auf diese Fördermöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Abg. Spoorendonk fragt nach der Entscheidungskompetenz der nationalen oder regionalen Ebene und danach, ob sich diese durch das neue Programm verbessert hätten. – Herr Seele antwortet, einzige Vorgabe sei nach wie vor die so genannte Verordnung für den Europäischen Regionalfond, auf deren Basis die Kooperationsräume ihre operationellen Programme entwickeln müssten. Diese müssten dann zwar von der Europäischen Kommission genehmigt werden, danach habe der Ostseeraum oder der Nordseeraum dann aber ganz große Autonomie. Das bedeutete, kein Projektträger müsse sich direkt an die EU wenden, sondern alles werde in der Region selbst entschieden. Für die Organisation in der Region gebe es das so genannte Monitoring-Komitee, das sich aus zwei bis drei Vertretern der Regionen zusammensetzt und das Programm steuere.

Herr Hansen, Leiter des Referats Grenzüberschreitende und Europäische Raumordnung, Entwicklung der Planungsräume I und II (Süd und Ost) im Innenministerium, informiert sodann über die Schwerpunktmaßnahmen und Besonderheiten der transnationalen Zusammenarbeit im Nordseeraum auf der Grundlage der schriftlichen Vorlage, Umdruck 16/1563.

Er verweist auf die frühere Berichterstattung im Ausschuss zur bisherigen Entwicklung und die in dem Zusammenhang vorgelegte Projektliste. Darüber hinaus führt er unter anderem aus, mit dem neuen Programmentwurf wolle man an die positive Entwicklung anknüpfen. Begrüßenswert sei vor allem, dass mit der Neuausrichtung das Thema transnationale Zusammenarbeit stärker in den strategischen, investitionsvorbereitenden Bereich übergehen solle.

Zu Diskussionen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Programmentwurfs habe geführt, dass man immer noch den Nord- und Ostseeraum als zwei getrennte Gebiete behandle. Man habe sich jedoch insbesondere vor dem Hintergrund zweier Argumente dafür entschieden, die Trennung beizubehalten. Zum einen hätte eine Zusammenlegung zu einem

Großraum geführt, der von der Größe her nicht mehr so leicht zu handhaben gewesen wäre. Zum anderen hätten beide Räume auch sehr unterschiedliche Entwicklungen aufzuweisen, auf der einen Seite der sehr etablierte Nordseeraum und auf der anderen Seite der durch die neuen Beitritte in die Europäische Union umstrukturierte Ostseeraum, mit allen Problemen, die das mit sich bringe. Natürlich versuche man, möglichst viele Gemeinsamkeiten zu finden, aber die unterschiedliche Behandlung der beiden Räume sei aufgrund ihrer Struktur durchaus sinnvoll. Die Unterschiede würden sich auch in den im Detail zum Teil unterschiedlichen Fördervoraussetzungen widerspiegeln. Schleswig-Holstein habe sich vor dem Hintergrund der eigenen Zusammenführung beider Programmverantwortungen in einem Haus für möglichst viel formale Identität der beiden Programme eingesetzt. Dies sei nicht in allen Bereichen gelungen.

Herr Hansen stellt weiter die Prioritären Handlungsfelder, den Programmraum und die Fördervoraussetzungen dar, Umdruck 16/1563. In diesem Zusammenhang betont er, auch der Nordseeraum sei – analog zum Ostseeraum – bestrebt, von den Papierstudien weg zu kommen und die Wirtschaft verstärkt mitzunehmen. Man versuche, durch die Schaffung von Netzwerkstrukturen mehr Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch unmittelbare Auswirkungen bei kleineren und mittleren Unternehmen zu erreichen.

Er weist weiter darauf hin, dass man im Nordseebereich nach langer Diskussion bei der fünfzigprozentigen Förderung geblieben sei. Hintergrund sei das Ziel, eher mehrere kleinere Projekte mit kleinem Fördersatz zu realisieren, durch die höhere Eigenbeteiligung Mitnahmeeffekte zu vermeiden und das eigene Interesse der Träger und damit auch die Qualität der Projekte sicherzustellen.

Als Teil der angestrebten engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen Nordsee- und Ostseeraum nennt er die im Projekt vorgesehene zwanzigprozentige Flexibilitätsmarge, aufgrund der Projektmittel in besonderen Fällen in den drei benachbarten Kooperationsräumen Nordwesteuropa, nördliche Peripherie und Ostseeraum eingesetzt werden könnten. Darüber hinaus werde auch die Zusammenführung beider Programme unter einem Dach im Europaministerium dazu beitragen. In diesem Zusammenhang geht er näher auf das Projekt zur Schiffssicherheit, Maritime Safety Umbrella Operation (MSUO), ein. Auf der Grundlage einer Art Geschäftsgrundlage seien besondere Personalstellen im Nordseesekretariat eingerichtet worden, um die Zusammenarbeit im Bereich Schiffssicherheit zwischen den beiden Räumen zu vereinfachen. Diese Leitplattform MSUO werde es auch auf der Grundlage des neuen Programmentwurfs weiter geben.

Abg. Fischer möchte wissen, wie sich das Auslaufen des Projektes Urban auf Schleswig-Holstein auswirke und welche Kompensationsmöglichkeiten es hier gebe. – St Dr. Schmidt-Elsaëber weist darauf hin, dass dieses Thema im Wirtschaftsministerium angesiedelt sei und erklärt, er werde diese Frage gern an das zuständige Ministerium weiterleiten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

„Denkpause“ der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/899 (neu)

(überwiesen am 15. September 2006; Fortsetzung der Beratung vom 4. Oktober 2006)

Ohne weitere Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig, den Antrag der Abgeordneten des SSW „Denkpause“ der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen, Drucksache 16/899 (neu), dem Landtag in noch einmal veränderter Fassung zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

EU-Strukturförderung

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 11. November 2005 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Europaausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Landesregierung zur EU-Strukturförderung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Anknüpfend an einen Landtagsbesuch einer Besuchergruppe von Wissenschaftlern und Lehrern regt Abg. Dr. Klug an, sich im Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit dem Thema „Politische Bildung im Ostseeraum“ zu beschäftigen. Dabei gehe es insbesondere um die Frage, inwieweit im Ostseeraum entwicklungsfähige Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der Ostseeraumidentität und der Zusammenarbeit im Rahmen der EU zwischen den Ländern, gestärkt und gefördert werden könnten. Ihn interessiere hier, was für Programme in diesem Bereich überhaupt verfügbar seien und wie man im Wege von stärkerer Vernetzung in diesem Bereich tätig werden könne.

Abg. Spoorendonk unterstützt diesen Vorschlag und ergänzt, sie würde außerdem interessieren, wie es mit der Fortsetzung des COMENIUS-Programms aussehe und ob es einen neuen Sachstand zur Ausstattung der EU-Förderprogramme zum Thema Bildung gebe.

Abg. Fischer stellt fest, dass sowohl im Altenparlament als auch im Jugendparlament in der Vergangenheit europapolitische Themen angesprochen worden seien und bittet die Landtagsverwaltung darauf zu achten, dass zu den Veranstaltungen auch Europapolitiker eingeladen würden, wenn vorherzusehen sei, dass es um Europafragen gehe.

Frau Schmidt Holländer, Leiterin des Europareferat des Landtages, informiert darüber, dass der Antrag auf EU-Co-Finanzierung für das Jugendprojekt im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee abgelehnt worden sei und jetzt überlegt werde, ob ein Parallelantrag in einer anderen Förderlinie gestellt werden sollte.

Abg. Dr. Klug schlägt für die inhaltliche Ausrichtung der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Jahre 2008 oder 2009 die Themen Kultur und politische Bildung vor.- Abg. Spoorendonk regt daran anknüpfend an, im Ausschuss auch noch einmal darüber zu reden, wie man die Einflussnahme auf die Entscheidungsprozesse des Ostseerates verstärken könne. Sie habe den Eindruck, dass es bei der Zusammenarbeit mit dem Ostseerat immer noch hake. – AL Musiolik informiert darüber, dass die Ergebnisse der Kieler Meereskonferenz an den Vorsitzenden der CBSS mit dem Ziel geschickt worden sei, dass dieses Thema auch im Ostseerat vorangetrieben werde.

Abg. Spoorendonk erinnert an die Bitte des Ausschusses an den Landtagspräsidenten, nach der Sitzung des erweiterten Standing Committee dem Ausschuss Bericht zu erstatten.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin